
Verordnung zum Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Organisationsverordnung, OrV)

vom 31. Mai 2005 (Stand 1. April 2018)

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden,

gestützt auf das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 29. November 2004¹⁾,

verordnet:

1. Abschnitt: Regierungsrat (1.)

I. Planung (1.1.)

Art. 1 Geschäftsplanung und Geschäftskontrolle

¹ Die Kantonskanzlei führt die Geschäftsplanung des Regierungsrates und eine Geschäftskontrolle, welche den Eingang und die Überweisung sämtlicher Geschäfte verzeichnet. Sie erstellt periodisch Pendenzenlisten. *

² Die Departementssekretariate, die Kanzleidienste sowie die Organisationseinheiten führen eine Geschäftskontrolle für ihre Geschäfte. *

Art. 2 Planung und Berichterstattung *

¹ Die Kantonskanzlei lädt die Departemente halbjährlich ein, über die seit der letzten Berichterstattung erledigten und über neu anstehende Geschäfte zu informieren. *

² Die Kantonskanzlei informiert den Regierungsrat.

¹⁾ OrG (bGS [142.12](#))

* vgl. Änderungstabelle am Schluss des Erlasses

Art. 3 Terminplan

¹ Die Kantonskanzlei führt den Terminplan des Regierungsrates.

Art. 3a * Regierungsprogramm

¹ Das Regierungsprogramm gibt Schwerpunkte und grundlegende Ziele für die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit vor. Es wird zu Beginn der Amtsdauer erlassen.

² Über den Stand der Umsetzung und der Zielerreichung orientiert jährlich der Rechenschaftsbericht.

³ Der Schlussbericht enthält eine rückblickende Gesamtwürdigung des Regierungsprogramms. Er wird dem Kantonsrat am Ende der Amtsdauer zur Kenntnis gebracht.

II. Sitzungen

(1.2.)

Art. 4 Sitzungsort

¹ Die Sitzungen des Regierungsrates finden in der Regel im Regierungsgebäude in Herisau statt.

² Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

Art. 5 Sitzungstag

¹ Der Regierungsrat tritt in der Regel am Dienstag zu seiner wöchentlichen Sitzung zusammen.

² Er legt jeweils für ein Kalenderjahr die Daten der ordentlichen Sitzungen fest.

Art. 6 Weibeldienst

¹ Die Kantonskanzlei besorgt den Weibeldienst.

III. Vorbereitung der Geschäfte

(1.3.)

Art. 7 Zuweisung

¹ Eingaben an den Regierungsrat werden durch die Kantonskanzlei dem zuständigen Departement zur Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat oder zur selbständigen Erledigung überwiesen. Ausgenommen sind Geschäfte, die

- a) ohne weiteres durch die Kantonskanzlei erledigt werden können, oder
- b) keiner weiteren Abklärung bedürfen und dem Regierungsrat direkt zur Behandlung unterbreitet werden können.

² Befindet sich das zuständige Mitglied des Regierungsrates im Ausstand, wird das Geschäft der Stellvertretung überwiesen.

³ Eingaben, die den Regierungsrat betreffen und bei den Departementen eingehen, sind der Kantonskanzlei zu überweisen.

Art. 7a * Rekurse und Beschwerden

¹ Das antragstellende Departement besorgt die Instruktion von Rekursen und Beschwerden. Es übt sämtliche verfahrensleitenden Befugnisse aus, die der Regierungsrat nach dem anwendbaren Verfahrensrecht übertragen kann.

² Bei Rekursen oder Beschwerden gegen Departemente erfolgen Instruktion und Antragstellung durch die Kantonskanzlei.

Art. 8 Anträge

¹ Die Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat (Antrag) erfolgt in Form eines Beschlussentwurfs. Antragsberechtigt sind die Mitglieder des Regierungsrates sowie die Ratschreiberin oder der Ratschreiber.

² Die Anträge haben sich auf das Wesentliche zu beschränken. Sie beinhalten:

- a) eine Darlegung der Ausgangslage;
- b) die sachbezogenen und rechtlichen Überlegungen;
- c) * die finanziellen, personellen und organisatorischen Auswirkungen und die Finanzierung;
- d) die Ergebnisse der Mitberichte;
- e) den Beschluss.

³ Die Kantonskanzlei kann Weisungen erlassen und elektronische Vorlagen als verbindlich erklären.

Art. 9 Mitberichtsverfahren
a) Zweck

¹ Das Mitberichtsverfahren bezweckt, die Vorbereitung von Regierungsratsgeschäften auf Stufe Departement und Kantonskanzlei zu koordinieren sowie die Meinungsbildung und Beschlussfassung durch den Regierungsrat zu erleichtern. *

Art. 10 b) Vorgehen

¹ Verantwortlich für die Durchführung des Verfahrens ist die antragstellende Stelle.

² Die mitinteressierten Departemente oder die Kantonskanzlei werden unter Ansetzung einer angemessenen Frist zur Stellungnahme eingeladen. *

³ Als mitinteressiert gilt, wer einen fachlichen Bezug zum Geschäft hat.

Art. 11 c) Mitbericht

¹ Der Mitbericht ist kurz und klar zu fassen. Er hat einen Antrag zu enthalten.

² Allfällige Differenzen werden so weit wie möglich in einer Konsultation bereinigt.

³ Anstelle des schriftlichen Mitberichts können Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Das Protokoll ersetzt den Mitbericht.

Art. 12 d) Finanzieller Mitbericht

¹ Für Geschäfte mit einmaligen Netto-Ausgaben über Fr. 100 000.– und solchen mit wiederkehrenden Netto-Ausgaben über Fr. 50 000.– ist ein finanzieller Mitbericht des Departements Finanzen einzuholen. Bei Geschäften des Departements Finanzen ist der finanzielle Mitbericht durch die Stellvertretung zu erstellen.

² Für die Beurteilung der finanziellen Auswirkungen eines Geschäftes sind insbesondere folgende Angaben aufzuzeigen:

- a) das Netto-Ergebnis;
- b) der Finanzierungsnachweis;

- c) Budgetfreigabe oder Nachtragskredit;
- d) die Auswirkungen auf die laufende Rechnung, den Finanzplan und die Investitionsrechnung.

³ Bei Investitionen sind zudem die wiederkehrenden Kosten wie Betriebs- und Unterhaltskosten sowie die Abschreibungen darzustellen.

⁴ Bei Geschäften, die zusätzlich organisatorische Veränderungen bedingen, sind die Auswirkungen auf die Ablauforganisation, die Aufgabenerfüllung und die Stellenbesetzung zu beschreiben.

⁵ Der Antrag ist dem Departement Finanzen mindestens zwei Wochen vor dem Abgabetermin zuzustellen.

Art. 13 e) Ergebnis

¹ Die Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens sind in den Anträgen zu erwähnen.

² Die Mitberichte oder das Protokoll sind den Unterlagen beizulegen.

Art. 14 Vorprüfung von Erlassen und Änderungen von Erlassen

¹ Neue Erlasse oder Änderungen von Erlassen sind der Kantonskanzlei mindestens zwei Wochen vor dem Abgabetermin zur formellen und materiellen Vorprüfung einzureichen.

² Differenzen werden so weit wie möglich in einer Konsultation bereinigt.

Art. 14a * ...

IV. Einreichung und Zustellung der Geschäfte

(1.4.)

Art. 15 Einreichung a) Allgemein

¹ Die unterzeichneten Anträge samt Beilagen sind der Kantonskanzlei einzureichen. *

² Anträgen, die zuhanden des Kantonsrates verabschiedet werden, ist zudem der Entwurf eines Berichts und Antrags an den Kantonsrat beizulegen.

³ Die Anträge sowie jene Beilagen, die den Mitgliedern des Regierungsrates zugestellt werden, sind der Kantonskanzlei gleichzeitig in elektronischer Form zu übermitteln. *

Art. 16 b) Abgabetermin

¹ Anträge sind spätestens bis Donnerstagmittag vollständig einzureichen, damit sie an der nächsten Sitzung behandelt werden. Davon ausgenommen sind Anträge, die neue, totalrevidierte oder wesentlich geänderte kantonale Erlasse oder Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung zum Inhalt haben und dem Regierungsrat erstmals unterbreitet werden; diese Anträge sind spätestens 7 Tage vor dem beabsichtigten Behandlungstermin einzureichen. *

² Verspätet eingereichte Anträge werden erst an der darauffolgenden Sitzung behandelt; der Landammann kann Ausnahmen zulassen.

Art. 17 c) Tischmappe

¹ Anträge, welche nicht von wesentlicher Bedeutung oder politischer Tragweite sind, aber eine ausgewiesene zeitliche Dringlichkeit aufweisen, können bis spätestens Montag-Mittag der Kantonskanzlei zur Behandlung an der nächsten Sitzung eingereicht werden. Gleiches gilt für die Bestimmung von Delegationen oder Terminen.

² Traktandenlisten von Fach- bzw. Direktorenkonferenzen sowie weiteren Vertretungen des Regierungsrates sind in der Tischmappe aufzulegen.

³ Die Anträge sowie alle Beilagen sind in einfacher Ausfertigung einzureichen.

Art. 18 Zurückweisung

¹ Anträge, die formale Mängel aufweisen, kann die Ratschreiberin oder der Ratschreiber an die Antragstellerin oder den Antragsteller zurückweisen.

Art. 19 Traktandenliste

¹ Der Landammann legt zusammen mit der Kantonskanzlei den Ablauf der Sitzung (Traktandenliste) fest. Er orientiert sich an folgender Reihenfolge:

- a) * Einzelnen zu traktandierende Anträge. Darunter fallen:
 - 1. Entscheide in Grundsatz- und Strategiefragen;

-
2. grundlegende Planungen und Konzepte;
 3. Vorlagen an den Kantonsrat;
 4. Ausgabenbeschlüsse und Verordnungen im Kompetenzbereich des Regierungsrates;
 5. Durchführung von kantonalen Vernehmlassungsverfahren;
 6. Verträge;
 7. Wahlen und Ernennungen.
- b) * Zusammenfassung von Anträgen als Blockgeschäfte. Darunter fallen:
1. Vernehmlassungsverfahren des Bundes;
 2. Genehmigungen von Plänen, Erlassen, Gründungen von Körperschaften, usw.;
 3. Feststellungsbeschlüsse;
 4. Rekurs-, Beschwerde- und Einspracheentscheide;
 5. Vernehmlassungen an Rechtsmittelinstanzen oder Gerichte;
 6. Inspektionsberichte;
 7. Geschäftsberichte;
 8. Einbürgerungen, Adoptionen.
- c) Tischmappe;
- d) * Mitteilungen aus den Departementen und der Kantonskanzlei;
- e) Allgemeine Umfrage.

² Andere Traktanden bettet er nach freiem Ermessen in den Ablauf ein.

Art. 20 Zustellung der Anträge

¹ Die Zustellung der Anträge, bei Blockgeschäften mit den wichtigsten Beilagen, und der Traktandenliste an die Mitglieder des Regierungsrates erfolgt durch die Kantonskanzlei bis Donnerstag-Abend.

Art. 21 Weitere Unterlagen

¹ Unterlagen von allgemeinem Interesse können der Kantonskanzlei eingereicht werden. Sie werden je nach Anfall in einer Lesemappe zusammengefasst und bei den Mitgliedern des Regierungsrates in Zirkulation gesetzt.

V. Durchführung der Sitzung

(1.5.)

Art. 22 Teilnahme

¹ Die Mitglieder des Regierungsrates und der Ratschreiber oder die Ratschreiberin sind zur Teilnahme an den Sitzungen des Regierungsrates verpflichtet. Im Verhinderungsfall ist der Landammann zu informieren.

Art. 23 Behandlung der Geschäfte

¹ Ordnungsgemäss eingereichte Anträge werden durch den Landammann aufgerufen, behandelt und durch Beschluss erledigt. Dabei werden

- a) die einzeln traktandierten Geschäfte sowie die Anträge in der Tischmappe einzeln beraten und beschlossen und
- b) die Anträge der Blockgeschäfte nur einzeln beraten und beschlossen, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird. Ansonsten gelten sie als beschlossen.

² Anträge einer abwesenden Antragstellerin oder eines abwesenden Antragstellers werden nur behandelt, sofern sie oder er zustimmt.

Art. 24 Eintreten und Detailberatung

a) Allgemein

¹ Eintreten gilt als beschlossen, wenn kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird. Eintreten ist in den Fällen von Art. 39 der Geschäftsordnung des Kantonsrates¹⁾ obligatorisch.

² Ein Antrag kann artikelweise, abschnittsweise oder gesamthaft beraten werden.

³ Das Wort erhält – soweit es zur Ergänzung des schriftlichen Antrages notwendig ist – vorab die Antragstellerin oder der Antragsteller. Anschliessend erteilt der Landammann das Wort nach der Reihenfolge der Anmeldungen.

Art. 25 b) Rückzug und Rückweisung

¹ Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist berechtigt, den eingereichten Antrag zurückzuziehen, solange der Regierungsrat noch keinen Beschluss gefasst hat.

¹⁾ bGS [141.2](#)

² Der Regierungsrat kann Anträge an die antragstellende Stelle zurückweisen und allenfalls Handlungsanweisungen erteilen.

Art. 26 c) Abstimmungen

¹ Ist ein Geschäft unbestritten, gilt der Antrag ohne Abstimmung als angenommen.

² Bestrittene Geschäfte werden zur Abstimmung gebracht. Die Abstimmungen erfolgen offen und durch Handzeichen. Die Reihenfolge richtet sich sinngemäss nach den entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung des Kantonsrates¹⁾.

Art. 27 d) Wahlen

¹ Die Wahlen erfolgen offen und durch Handzeichen.

² Soweit kein Mitglied des Regierungsrates etwas anderes verlangt, ist die gesamthafte Bestätigung von bisherigen Mitgliedern zulässig. Die Präsidentin oder der Präsident wird in jedem Fall einzeln gewählt.

Art. 27a * Entbindung von der Vertretungspflicht

¹ Der Regierungsrat kann auf Antrag eines Mitglieds beschliessen, dieses von der Vertretung eines Beschlusses zu entbinden. Die Entbindung ist im Sitzungsjournal zu vermerken. Das entbundene Mitglied hat sich jeder Äusserung über den Beschluss zu enthalten.

Art. 28 Sitzungsjournal

¹ Die Ratschreiberin oder der Ratschreiber führt während den Verhandlungen ein Sitzungsjournal, welches die Namen der Anwesenden, die Titel der Geschäfte, die Beschlüsse sowie allfällige Bemerkungen zu den Verhandlungen enthält. Das Sitzungsjournal ist nur den Mitgliedern des Regierungsrates zugänglich.

² Nichteintretensentscheide, der Rückzug von Geschäften und Rückweisungen einschliesslich allfälliger Handlungsanweisungen werden im Sitzungsjournal vermerkt.

¹⁾ bGS [141.2](#)

VI. Nachbereitung der Sitzung

(1.6.)

Art. 29 Protokoll

¹ Die Kantonskanzlei bereinigt die Beschlussentwürfe. Die Sammlung der bereinigten Beschlussentwürfe (Beschlüsse) gilt als Protokoll.

² Die Protokolle werden jahrgangswise mit einer fortlaufenden Nummer versehen und registriert. Sie werden in der Kantonskanzlei einschliesslich der zugehörigen Akten aufbewahrt.

³ Sie werden zudem in elektronischer Form archiviert.

Art. 30 Eröffnung

¹ Die Kantonskanzlei eröffnet die Beschlüsse spätestens eine Woche nach der Sitzung mittels Protokollauszug oder ausnahmsweise durch besondere Mitteilung.

² Eine nach Art. 15 Abs. 3 OrG zu Protokoll gegebene abweichende Meinung wird nicht eröffnet.

Art. 31 Information und Kommunikation *

¹ Der Regierungsrat orientiert die Öffentlichkeit über Beschlüsse von allgemeinem Interesse durch Medienmitteilungen, Medienkonferenzen oder mittels elektronischer Hilfsmittel.

^{1bis} Er legt die Grundsätze seiner Information und Kommunikation fest. *

² Die Departemente sind befugt, aus ihrem Zuständigkeitsbereich Medienmitteilungen zu erlassen und Medienkonferenzen durchzuführen oder die Öffentlichkeit mittels elektronischer Hilfsmittel zu orientieren. Die Kantonskanzlei ist vorgängig zu informieren.

³ Der Regierungsrat kann für die Information des Kantonsrates spezielle Anlässe durchführen. Bei Geschäften im Kompetenzbereich des Kantonsrates ist Rücksprache mit dem Büro des Kantonsrates zu halten.

Art. 32 Verwahrung

¹ Hat ein Mitglied des Regierungsrates die Verwahrung gegen einen Beschluss erklärt, hat es das Recht, die Verwahrung einschliesslich einer kurzen Begründung gegen aussen zu erklären.

2. Abschnitt: Kantonale Vernehmlassungsverfahren

(2.)

Art. 33 Grundsatz

¹ Im Vernehmlassungsverfahren werden kantonale Behörden, die Gemeinden, politische Parteien und weitere interessierte Kreise zu politisch bedeutsamen Vorlagen angehört.

Art. 34 Planung

¹ Die Kantonskanzlei führt eine Liste der geplanten Vernehmlassungsverfahren und aktualisiert diese halbjährlich. Sie informiert die Gemeinden, die politischen Parteien und die Medien über die Aktualisierung. Die Liste wird im Internet veröffentlicht. *

Art. 35 Einleitung

¹ Der Regierungsrat beschliesst über die Durchführung.

² Er bestimmt insbesondere:

- a) den Kreis der Einzuladenden;
- b) die Frist, die zwei Monate nur in Ausnahmefällen unterschreiten soll;
- c) die abzugebenden Unterlagen.

Art. 36 Durchführung

¹ Die Durchführung ist Sache des zuständigen Departements oder der Kantonskanzlei. *

² Die Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens ist im Amtsblatt sowie im Internet zu publizieren. *

Art. 37 Stellungnahmen

¹ Die Stellungnahmen sind in Papierform oder elektronisch einzureichen. *

² Der Regierungsrat kann anstelle des schriftlichen Verfahrens zu einer konferenziellen Anhörung einladen. Über die Anhörung wird ein Protokoll geführt.

Art. 38 Form *

¹ Die Vernehmlassungsunterlagen werden dem Kreis der Eingeladenen in elektronischer Form oder auf Verlangen in Papierform zur Verfügung gestellt sowie im Internet veröffentlicht. *

² Organisationen und Einzelpersonen, die nicht zum Kreis der Eingeladenen gehören, werden auf Verlangen mit den gewünschten Vernehmlassungsunterlagen bedient. Sie können ebenfalls eine Stellungnahme einreichen. *

³ Die Einreichung einer Stellungnahme begründet keinen Anspruch auf eine Antwort oder zusätzliche Anhörung. *

Art. 39 Auswertung

¹ Die für die Durchführung zuständige Stelle wertet die rechtzeitig eingegangenen Stellungnahmen aus und erstellt zuhanden des Regierungsrates einen Auswertungsbericht. *

² Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens werden in geeigneter Weise bekannt gegeben. *

Art. 40 Andere Formen der Konsultation

¹ Im Vorverfahren können die Departemente und die Kantonskanzlei interessierte Kreise auch ausserhalb eines Vernehmlassungsverfahrens konsultieren. *

² Im Antrag an den Regierungsrat ist das Ergebnis der Konsultation in geeigneter Form darzustellen.

3. Abschnitt: Kommissionen

(3.)

Art. 41 Zusammensetzung *

¹ Bei der Besetzung der ständigen beratenden und der besonderen Kommissionen ist auf eine angemessene Berücksichtigung der Interessengruppen, Altersgruppen und Geschlechter zu achten. *

Art. 41a * Taggelder und Spesen

¹ Kommissionsmitglieder haben Anspruch auf Taggelder. Davon ausgenommen sind die Mitglieder des Regierungsrates sowie Angestellte des Kantons und seiner selbständigen und unselbständigen Anstalten, welche im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit Einsitz in eine Kommission nehmen. *

² Es werden folgende Taggelder ausgerichtet: *

a) * ganzer Tag Fr. 250.–

b) * halber Tag Fr. 125.–

^{2bis} Ist der Einsitz externer Fachpersonen in einer Kommission notwendig, kann der Regierungsrat für diese Personen höhere Taggelder bewilligen. *

³ Wer ein Präsidium bekleidet und Anspruch auf Taggelder hat, erhält pro Sitzung eine Zulage von Fr. 50.–.

⁴ Die Entschädigung von Spesen richtet sich nach dem Reglement über die Entschädigung von Inkonvenienzen, Spesen, Pikettdienst und ausserordentliche Arbeitszeit¹⁾. *

4. Abschnitt: Kantonale Verwaltung und Konferenz der Departementssekretärinnen und Departementssekretäre

(4.)

Art. 42 * ...**Art. 42a** * Aufgaben

¹ Die Aufgaben der Organisationseinheiten richten sich nach der Sachgesetzgebung und dem Anhang zu dieser Verordnung. *

Art. 43 Überprüfung der Staatsaufgaben

¹ Der Regierungsrat überprüft die Aufgaben des Kantons und ihre Erfüllung sowie die Organisation der kantonalen Verwaltung regelmässig auf ihre Notwendigkeit und ihre Übereinstimmung mit den Zielen, die sich aus Verfassung und Gesetz ergeben. *

¹⁾ REIS (bGS [142.211.1](#))

Art. 43a * Dokumentenverwaltung

¹ Die Departemente und die Kantonskanzlei gewährleisten die sichere und systematisch geordnete Aufbewahrung von Dokumenten.

² Die Kantonskanzlei kann Weisungen erlassen.

Art. 43b * Vertretung vor Gerichten und Rechtsmittelinstanzen

¹ Die Departemente und die Kantonskanzlei bestimmen in ihren Organisationsreglementen, wer zur Vertretung vor kantonalen und eidgenössischen Gerichten und Rechtsmittelinstanzen befugt ist. Im Einzelfall können auch weitere Organisationseinheiten oder Personen zur Vertretung ermächtigt werden.

² Bei Departementsgeschäften bedürfen die Annahme eines Vergleichs oder die Erklärung des Streitabstands der Zustimmung der Departementsvorsteherin oder des Departementsvorstehers, sofern im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird.

Art. 44 * ...**Art. 44a *** Finanzkompetenzen

¹ Die Departemente und die Kantonskanzlei haben, sofern im Voranschlag ein Kredit bewilligt ist und soweit keine besondere Regelung besteht, eine Finanzkompetenz für:

- a) neue Ausgaben einmalig bis Fr. 100'000 und wiederkehrend bis Fr. 50'000;
- b) gebundene Ausgaben bis zur Höhe des Voranschlagkredits.

² Die Departemente können die Finanzkompetenzen nach Abs. 1 vollständig oder teilweise an die unterstellten Ämter delegieren.

Art. 44b * Gliederung der kantonalen Verwaltung

¹ Die Gliederung der Departemente und der Kantonskanzlei richtet sich nach dem Anhang zu dieser Verordnung.

Art. 44c * Organisationsreglemente

¹ Die Departemente und die Kantonskanzlei geben sich Organisationsreglemente. Darin ordnen sie im Rahmen der Gesetzgebung und der Vorgaben des Regierungsrates insbesondere:

- a) die Detailorganisation;
- b) die Zuweisung der einzelnen Aufgabenbereiche;
- c) die Unterschriftsberechtigungen und die Ausgabenkompetenzen.

² Die Organisationsreglemente sind dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Art. 44d * Führung der Organisationseinheiten

¹ Jede Organisationseinheit hat eine verantwortliche Leitung.

² Die Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher sowie die Ratschreiberin oder der Ratschreiber bezeichnen für jede Leitung eine Stellvertretung.

Art. 44e * Unterschriftsberechtigungen

- a) für die Departemente und die Kantonskanzlei

¹ Von den Departementen ausgehende Schreiben werden von der Departementsvorsteherin oder dem Departementsvorsteher unterzeichnet. Im Verhinderungsfall ist die Departementssekretärin oder der Departementssekretär befugt, diese Dokumente im Auftrag der Departementsvorsteherin oder des Departementsvorstehers zu unterzeichnen.

² Von der Kantonskanzlei ausgehende Schreiben werden von der Ratschreiberin oder dem Ratschreiber unterzeichnet.

Art. 44f * b) für die Organisationseinheiten

¹ Ausgehende Schreiben der Organisationseinheiten werden von der jeweiligen Leiterin oder dem jeweiligen Leiter unterzeichnet.

² Die Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher sowie die Ratschreiberin oder der Ratschreiber legen weitere Unterschriftsberechtigungen im Organisationsreglement fest.

Art. 44g * c) für die Kommissionen

¹ Unterschriftsberechtigt für die ständigen beratenden und die besonderen Kommissionen sind der oder die Vorsitzende zusammen mit der Protokollführerin oder dem Protokollführer.

Art. 44h * Departementssekretariate

¹ Die Departemente gewährleisten in ihren Departementssekretariaten Ansprechstellen für folgende Themen und Querschnittsaufgaben:

- a) Koordination der Tätigkeit des Departements;
- b) Rechtsfragen;
- c) Personal;
- d) Controlling;
- e) Finanzen;
- f) Informatik;
- g) Räume und Mobilien;
- h) Dokumentenverwaltung und Archivierung.

Art. 44i * Departementssekretärinnen und Departementssekretäre

¹ Die Departementssekretärin oder der Departementssekretär leitet das Departementssekretariat.

² Sie oder er vertritt die Departementsvorsteherin oder den Departementsvorsteher innerhalb des Departements nach Massgabe des Organisationsreglements und ist den Amtsleitungen gegenüber insoweit weisungsbefugt.

³ Jede Departementssekretärin und jeder Departementssekretär verfügt über eine Stellvertretung. Diese unterstützt und entlastet sie oder ihn in allen Funktionen und nimmt im Verhinderungsfall die Vertretung in allen Funktionen wahr.

Art. 44j * Konferenz der Departementssekretärinnen und Departementssekretäre (DSK)

- a) Zusammensetzung

¹ An der DSK nehmen die Departementssekretärinnen und Departementssekretäre sowie die Leiterin oder der Leiter Kanzleidienste teil.

² Die Departementssekretärinnen und Departementssekretäre können sich an den Sitzungen der DSK ausnahmsweise durch ihre Stellvertretungen vertreten oder in Absprache mit der Ratschreiberin oder dem Ratschreiber begleiten lassen.

³ Die Kantonskanzlei führt das Aktuariat.

Art. 45 b) Aufgaben *

¹ Die DSK erfüllt folgende Aufgaben: *

- a) * Koordination der Ressourcen- und Geschäftsplanung der Departemente sowie der departementsübergreifenden Geschäfte und Aufgaben;
- b) * Koordination und Festlegung der Informatikplanung;
- c) * Steuerung von wichtigen departementsübergreifenden Informatikanwendungen;
- d) * gegenseitiger Informationsaustausch zu departementsübergreifenden Themen;
- e) * Erarbeitung von Richtlinien und Arbeitshilfen in organisatorischen und administrativen Belangen, soweit keine anderen Stellen dafür zuständig sind;
- f) * Beratung von Geschäften, welche die Mitglieder einbringen.

² Die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 erfolgt in Zusammenarbeit mit den federführenden Stellen. *

³ Die DSK erfüllt weitere Aufgaben, die ihr der Regierungsrat im Rahmen besonderer Aufträge zuweist, insbesondere: *

- a) die Vorberatung wichtiger departementsübergreifender Geschäfte des Regierungsrates;
- b) die Vorbereitung, Steuerung und Ausführung von wichtigen departementsübergreifenden Projekten.

Abschnitt 4a: Administrativuntersuchung *

(4a.)

Art. 45a * Zweck

¹ Die Administrativuntersuchung ist ein spezielles Verfahren der Kontrolle, mit dem abgeklärt wird, ob ein Sachverhalt vorliegt, der im öffentlichen Interesse ein Einschreiten von Amtes wegen erfordert.

² Die Administrativuntersuchung richtet sich nicht gegen bestimmte Personen. Die Disziplinaruntersuchung aufgrund des Personalgesetzes sowie strafrechtliche Verfahren bleiben vorbehalten.

³ Eine Administrativuntersuchung darf weder Strafuntersuchungen noch Untersuchungen der parlamentarischen Aufsichtsorgane behindern.

Art. 45b * Anordnung

¹ Administrativuntersuchungen werden vom Regierungsrat angeordnet. Er erteilt dem Untersuchungsorgan einen schriftlichen Untersuchungsauftrag und gibt den betroffenen Organisationseinheiten die Eröffnung der Administrativuntersuchung sowie deren Anlass und Zweck sowie das Untersuchungsorgan bekannt.

² Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Weisungen über Zutritts- und Einsichtsrechte der Untersuchungsorgane sowie über die Auskunftspflicht der betroffenen Angestellten. Die in die Administrativuntersuchung einbezogene Angestellten des Kantons sind verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhaltes mitzuwirken.

³ Mit der Untersuchung können Personen ausserhalb der kantonalen Verwaltung beauftragt werden.

Art. 45c * Durchführung

¹ Zur Feststellung des Sachverhaltes bedient sich das Untersuchungsorgan der Beweismittel nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege¹⁾. Ausgenommen ist die Zeugeneinvernahme.

² Das Untersuchungsorgan weist die Personen, die befragt werden sollen, darauf hin, dass sie die Aussage verweigern können, wenn sie sich mit dieser im Hinblick auf ein Disziplinar- oder Strafverfahren selbst belasten würden. Es weist Personen ausserhalb der kantonalen Verwaltung, die befragt werden sollen, darauf hin, dass ihre Auskunftserteilung freiwillig erfolgt.

³ Die in die Administrativuntersuchung einbezogenen Personen haben Gelegenheit, alle Akten, die sie betreffen, einzusehen und dazu Stellung zu nehmen. Sie haben Anspruch auf rechtliches Gehör und können sich vertreten und verbeiständen lassen.

¹⁾ bGS [143.1](#)

⁴ Zeigt sich im Verlauf der Administrativuntersuchung, dass Informationen, die unter die Schweigepflicht fallen, aus anderen Departementen oder aus der Kantonskanzlei notwendig sind, so hat das Untersuchungsorgan vorgängig das Einverständnis der Vorsteherin oder des Vorstehers des Departements oder des Landammanns einzuholen. *

Art. 45d * Ergebnisse

¹ Das Untersuchungsorgan liefert der anordnenden Stelle sämtliche Untersuchungsakten sowie einen Bericht ab.

² Es stellt im Bericht den Ablauf sowie die Ergebnisse der Untersuchung dar und präsentiert Vorschläge für das weitere Vorgehen.

³ Der Regierungsrat informiert die in eine Administrativuntersuchung einbezogenen Behörden und Personen über das Ergebnis und entscheidet über die Folgen der Administrativuntersuchung.

⁴ Die Ergebnisse einer Administrativuntersuchung können zum Anlass für die Einleitung anderer, insbesondere personalrechtlicher Verfahren genommen werden.

5. Abschnitt: Schlussbestimmung

(5.)

Art. 46 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt mit dem Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz in Kraft¹⁾.

¹⁾ 1. Juni 2005 (RRB vom 31. Mai 2005)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
15.02.2001	01.03.2011	Art. 44 Abs. 5, a), 2.	geändert	1185 / 2011, S. 168
24.04.2007	01.05.2007	Art. 44 Abs. 4, a)	geändert	983 / 2007, S. 378
01.05.2007	01.05.2007	Art. 44 Abs. 1, a)	geändert	984 / 2007, S. 392
01.05.2007	01.05.2007	Art. 44 Abs. 2, a)	geändert	984 / 2007, S. 392
11.12.2007	01.01.2008	Art. 8 Abs. 2, c)	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 14a	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 16 Abs. 1	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 19 Abs. 1, a)	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 19 Abs. 1, b)	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 27a	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 39 Abs. 2	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 41	Titel geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 41a	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 1, a)	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 2	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 3	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 4	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 5	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 7	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 42 Abs. 8	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 43 Abs. 1	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 44 Abs. 1, a)	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 44 Abs. 6, a)	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 44 Abs. 7	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 44 Abs. 8	geändert	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Titel 4a.	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 45a	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 45b	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 45c	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
11.12.2007	01.01.2008	Art. 45d	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
26.05.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 2, a), 6.	eingefügt	1158 / 2010, 628
31.08.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 8	geändert	1171 / 2010, S. 1060
07.12.2010	01.01.2011	Art. 15 Abs. 1	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 15 Abs. 3	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 42 Abs. 1, a), 13.	eingefügt	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 42 Abs. 1, b)	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 42 Abs. 2	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 42 Abs. 5	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 42 Abs. 7	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 42 Abs. 8	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 1, a)	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 3, a)	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 4, a)	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 5, a)	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 6	geändert	1181 / 2010, S. 1507
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 7	geändert	1181 / 2010, S. 1507

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
07.12.2010	01.01.2011	Art. 44 Abs. 8, a)	geändert	1181 / 2010, S. 1507
03.05.2011	01.09.2011	Art. 42 Abs. 3, d)	geändert	1194 / 2011, S. 989
13.12.2011	01.01.2012	Art. 42 Abs. 4, d)	geändert	1200 / 2011, S. 1452
24.01.2012	01.06.2012	Art. 44 Abs. 8, a), 2.	geändert	1204 / 2012, S. 172
26.06.2012	01.08.2012	Art. 42 Abs. 3, c)	geändert	1227 / 2012, S. 860
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, c)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, d)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, e)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, f)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, g)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, h)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, i)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, j)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, k)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, l)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, n)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, o)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, p)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, q)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, r)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, s)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, t)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, u)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, v)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, w)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, x)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 2, y)	eingefügt	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 7, h)	aufgehoben	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 42 Abs. 8, f)	geändert	1241 / 2012, S. 1504
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 2, a), 3.	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 2, a), 4.	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 2, a), 5.	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 2, a), 6.	aufgehoben	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 2, b)	geändert	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 2, b), 2.	eingefügt	1240 / 2012, S. 1502
11.12.2012	01.01.2013	Art. 44 Abs. 8, a), 8.	eingefügt	1241 / 2012, S. 1504
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 1, b), 1.	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 1, b), 2.	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 1, b), 3.	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 1, b), 4.	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 1, b), 5.	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 2, v)	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 2, w)	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 42 Abs. 7, af)	eingefügt	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 44 Abs. 2, b), 1.	geändert	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 44 Abs. 4, a), 3.	geändert	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 44 Abs. 4, a), 5.	geändert	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 44 Abs. 4, b), 1.	geändert	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 44 Abs. 8, b), 1.	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
17.12.2013	01.01.2014	Art. 44a	eingefügt	1263 / 2013, S. 1435
15.12.2015	01.01.2016	Art. 1 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 1 Abs. 2	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 2	Titel geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 2 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 9 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 10 Abs. 2	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 14a	aufgehoben	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 19 Abs. 1, d)	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 31	Titel geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 31 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 36 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 36 Abs. 2	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 39 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 40 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41a Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41a Abs. 2	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41a Abs. 2, a)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41a Abs. 2, b)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41a Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 41a Abs. 4	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 42	aufgehoben	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 42a	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 43a	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44	aufgehoben	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44b	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44c	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44d	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44e	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44f	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44g	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44h	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44i	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 44j	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45	Titel geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1, a)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1, b)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1, c)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1, d)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1, e)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 1, f)	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 2	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45 Abs. 3	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Art. 45c Abs. 4	geändert	1297 / 2015, S. 1458
15.12.2015	01.01.2016	Anhang 1	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
20.03.2018	01.04.2018	Art. 3a	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 7a	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 34 Abs. 1	geändert	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 37 Abs. 1	geändert	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 38	Titel geändert	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 38 Abs. 1	geändert	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 38 Abs. 2	geändert	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 38 Abs. 3	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 42a Abs. 1	geändert	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Art. 43b	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
20.03.2018	01.04.2018	Anhang 1	Inhalt geändert	1358 / 2018, S. 450

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 1 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 1 Abs. 2	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 2	15.12.2015	01.01.2016	Titel geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 2 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 3a	20.03.2018	01.04.2018	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
Art. 7a	20.03.2018	01.04.2018	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
Art. 8 Abs. 2, c)	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 9 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 10 Abs. 2	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 14a	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 14a	15.12.2015	01.01.2016	aufgehoben	1297 / 2015, S. 1458
Art. 15 Abs. 1	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 15 Abs. 3	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 16 Abs. 1	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 19 Abs. 1, a)	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 19 Abs. 1, b)	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 19 Abs. 1, d)	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 27a	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 31	15.12.2015	01.01.2016	Titel geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 31 Abs. 1 ^{bis}	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 34 Abs. 1	20.03.2018	01.04.2018	geändert	1358 / 2018, S. 450
Art. 36 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 36 Abs. 2	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 37 Abs. 1	20.03.2018	01.04.2018	geändert	1358 / 2018, S. 450
Art. 38	20.03.2018	01.04.2018	Titel geändert	1358 / 2018, S. 450
Art. 38 Abs. 1	20.03.2018	01.04.2018	geändert	1358 / 2018, S. 450
Art. 38 Abs. 2	20.03.2018	01.04.2018	geändert	1358 / 2018, S. 450
Art. 38 Abs. 3	20.03.2018	01.04.2018	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
Art. 39 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 39 Abs. 2	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 40 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41	11.12.2007	01.01.2008	Titel geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 41 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41a	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 41a Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41a Abs. 2	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41a Abs. 2, a)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41a Abs. 2, b)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41a Abs. 2 ^{bis}	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 41a Abs. 4	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 42	15.12.2015	01.01.2016	aufgehoben	1297 / 2015, S. 1458
Art. 42 Abs. 1, a)	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 1, a), 13.	07.12.2010	01.01.2011	eingefügt	1181 / 2010, S. 1507
Art. 42 Abs. 1, b)	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 42 Abs. 1, b), 1.	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 1, b), 2.	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 42 Abs. 1, b), 3.	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 1, b), 4.	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 1, b), 5.	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 2	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 2	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 42 Abs. 2, c)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, d)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, e)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, f)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, g)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, h)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, i)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, j)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, k)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, l)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, n)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, o)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, p)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, q)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, r)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, s)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, t)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, u)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, v)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, v)	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 2, w)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, w)	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 2, x)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 2, y)	11.12.2012	01.01.2013	eingefügt	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 3	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 3, c)	26.06.2012	01.08.2012	geändert	1227 / 2012, S. 860
Art. 42 Abs. 3, d)	03.05.2011	01.09.2011	geändert	1194 / 2011, S. 989
Art. 42 Abs. 4	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 4, d)	13.12.2011	01.01.2012	geändert	1200 / 2011, S. 1452
Art. 42 Abs. 5	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 5	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 42 Abs. 7	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 7	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 42 Abs. 7, h)	11.12.2012	01.01.2013	aufgehoben	1240 / 2012, S. 1502
Art. 42 Abs. 7, af)	17.12.2013	01.01.2014	eingefügt	1262 / 2013, S. 1433
Art. 42 Abs. 8	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 42 Abs. 8	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 42 Abs. 8, f)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1241 / 2012, S. 1504
Art. 42a	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 42a Abs. 1	20.03.2018	01.04.2018	geändert	1358 / 2018, S. 450
Art. 43 Abs. 1	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 43a	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 43b	20.03.2018	01.04.2018	eingefügt	1358 / 2018, S. 450
Art. 44	15.12.2015	01.01.2016	aufgehoben	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44 Abs. 1, a)	01.05.2007	01.05.2007	geändert	984 / 2007, S. 392
Art. 44 Abs. 1, a)	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 44 Abs. 1, a)	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 2, a)	01.05.2007	01.05.2007	geändert	984 / 2007, S. 392
Art. 44 Abs. 2, a), 3.	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 44 Abs. 2, a), 4.	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 44 Abs. 2, a), 5.	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 44 Abs. 2, a), 6.	26.05.2010	01.01.2011	eingefügt	1158 / 2010, 628
Art. 44 Abs. 2, a), 6.	11.12.2012	01.01.2013	aufgehoben	1240 / 2012, S. 1502
Art. 44 Abs. 2, b)	11.12.2012	01.01.2013	geändert	1240 / 2012, S. 1502
Art. 44 Abs. 2, b), 1.	17.12.2013	01.01.2014	geändert	1262 / 2013, S. 1433
Art. 44 Abs. 2, b), 2.	11.12.2012	01.01.2013	eingefügt	1240 / 2012, S. 1502
Art. 44 Abs. 3, a)	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 4, a)	24.04.2007	01.05.2007	geändert	983 / 2007, S. 378
Art. 44 Abs. 4, a)	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 4, a), 3.	17.12.2013	01.01.2014	geändert	1262 / 2013, S. 1433
Art. 44 Abs. 4, a), 5.	17.12.2013	01.01.2014	geändert	1262 / 2013, S. 1433
Art. 44 Abs. 4, b), 1.	17.12.2013	01.01.2014	geändert	1262 / 2013, S. 1433
Art. 44 Abs. 5, a)	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 5, a), 2.	15.02.2001	01.03.2011	geändert	1185 / 2011, S. 168
Art. 44 Abs. 6	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 6, a)	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 44 Abs. 7	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 44 Abs. 7	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 8	11.12.2007	01.01.2008	geändert	1065 / 2007, S. 1419
Art. 44 Abs. 8	31.08.2010	01.01.2011	geändert	1171 / 2010, S. 1060
Art. 44 Abs. 8, a)	07.12.2010	01.01.2011	geändert	1181 / 2010, S. 1507
Art. 44 Abs. 8, a), 2.	24.01.2012	01.06.2012	geändert	1204 / 2012, S. 172
Art. 44 Abs. 8, a), 8.	11.12.2012	01.01.2013	eingefügt	1241 / 2012, S. 1504
Art. 44 Abs. 8, b), 1.	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	1262 / 2013, S. 1433
Art. 44a	17.12.2013	01.01.2014	eingefügt	1263 / 2013, S. 1435
Art. 44b	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44c	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44d	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44e	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44f	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44g	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44h	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44i	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 44j	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45	15.12.2015	01.01.2016	Titel geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 45 Abs. 1, a)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 1, b)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 1, c)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 1, d)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 1, e)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 1, f)	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 2	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45 Abs. 3	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Titel 4a.	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 45a	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 45b	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 45c	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Art. 45c Abs. 4	15.12.2015	01.01.2016	geändert	1297 / 2015, S. 1458
Art. 45d	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	1065 / 2007, S. 1419
Anhang 1	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	1297 / 2015, S. 1458
Anhang 1	20.03.2018	01.04.2018	Inhalt geändert	1358 / 2018, S. 450

Gliederung der kantonalen Verwaltung und Aufgaben der Organisationseinheiten*Organisationseinheit**Aufgaben***1 Kantonskanzlei (KK)**

1000	Kanzleidienste (KD)	Sekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat; politische Planung für Regierungsrat und Kantonsrat; Regierungsprogramm; Verbindung und Koordination zwischen Regierungsrat und Kantonsrat; Koordination der Aussenbeziehungen; Amtliche Publikationen; Wahlen und Abstimmungen; Parlamentsdienst inkl. Weibeldienst
1001	Passbüro (PB)	Ausweisschriften; Beglaubigungen
1002	Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ)	Empfangs-, Telefonvermittlungs- und Postdienst; Betrieb einer Druckzentrale; Büromaterialverwaltung
1100	Rechtsdienst (RD)	Rechtsberatung von Regierungsrat und Kantonsrat; begleitende Rechtsetzung; Beschwerde- und Rekursverfahren
1200	Kommunikationsdienst (KomD)	interne und externe Kommunikation; Sicherstellung eines einheitlichen Gesamtauftritts (CD/CI, Internet); Radio- und Fernsehwesen
1300	Staatsarchiv (StAAR)	Vollzug der Archivgesetzgebung; Archäologie; Paläontologie

2 Departement Finanzen (DF)

2000	Departementssekretariat (DS DF)	Koordination und Einkauf der Informatik für die kantonale Verwaltung; Sicherstellung des Internen Kontrollsystems; Finanzausgleich Bund-Kanton; Verwaltung des Lotteriefonds; Zoll und Münzwesen; Finanzmarkt
2100	Amt für Finanzen (AfF)	Führung des Finanzhaushalts; Sicherstellung der Liquidität; Kapitalbeschaffung und Kapitalanlage; Verwaltung von Finanzen und Vermögenswerten; Finanzdienstleistungen für die kantonale Verwaltung; finanzielle Mitberichte
2101	Abteilung Controlling und Gemeindefinanzen	Finanz-Controlling; Aufgaben- und Finanzplan; Finanzaufsicht über die Gemeinden; Finanzausgleich Kanton-Gemeinden; Verwaltung von Sach- und Haftpflichtversicherungen
2102	Abteilung Finanzbuchhaltung	Staatsrechnung und Finanzbuchhaltung; Gerichtskasse
2103	Abteilung Betriebliches Rechnungswesen und Lohnbuchhaltung	Betriebs- und Lohnbuchhaltung
2200	Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)	Vollzug des Steuerrechts von Bund und Kanton
2201	Abteilung Veranlagung USE und NE	Veranlagung unselbständiger und nichterwerbstätiger Personen; Quellensteuern; Abrechnung der Verrechnungssteuer
2202	Abteilung Veranlagung SE und JP	Veranlagung von Selbständigerwerbenden und juristischen Personen
2203	Abteilung Administration und Finanzen	Bezug der Steuern und Verteilung an die Körperschaften; Bewirtschaftung von Verlustscheinen der kantonalen Verwaltung

2204	Abteilung Rechtsdienst und Spezialsteuern	Grundstückgewinnsteuern; Strafsteuerverfahren; Aufsicht über die Gemeinden bzgl. Erbschafts- und Schenkungssteuern
2300	Personalamt (PA)	Vollzug des Personalrechts; Lehrlingswesen der kantonalen Verwaltung; Verwaltung der Personenversicherungen
2400	Amt für Immobilien (AfIM)	Verwaltung der Liegenschaften; Wohnbau und Eigentumsförderung des Bundes
2401	Grundstückschätzungsbehörde (GSB)	Grundstückschätzungen zu Steuerzwecken sowie für die Vermögensverwaltung des Kantons
2402	Abteilung Liegenschaftenverwaltung	Bewirtschaftung von Immobilien und Parkplätzen; Immobilienverwaltung im Auftrag selbständiger Anstalten und Betriebe
2403	Abteilung Hochbauten und Unterhalt	Planung, Bau und Unterhalt kantonalen Liegenschaften (Hochbauten); im Auftragsverhältnis Planungen für selbständige Anstalten und Betriebe sowie für Gemeinden; baulicher Zivilschutz; Arbeitssicherheit in der kantonalen Verwaltung; Bewirtschaftung des kantonalen Mobiliars
	Pensionskasse AR (PKAR)	
	AR Informatik AG (ARI)	

3 Departement Bildung und Kultur (DBK)

3000 Departementssekretariat (DS DBK)

3100 Amt für Volksschule und Sport (AVS)

Vollzug der Volksschulgesetzgebung

3101	Abteilung Volksschule (AV)	Mitwirkung beim Vollzug der Volksschulgesetzgebung; Privatschulen; Sonderschulung; häuslicher Unterricht; Schulentwicklung Regelschule; Schulqualität
3102	Abteilung Sport (AS)	Jugend+Sport; Sportförderung; Verwaltung des Sportfonds
3103	Schulpsychologischer Dienst (SPD)	schulpsychologische Abklärung und Beratung; Kinderschutz; Krisenintervention
3104	Pädagogisch-Therapeutische Dienste (PTD)	logopädische und psychomotorische Abklärungen und Therapien; Sicherstellung der heilpädagogischen Früherziehung
3200	Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung (AMBH)	Vollzug der Mittel- und Hochschulgesetzgebung; Wissenschaft und Forschung
3201	Abteilung Berufsbildung (ABB)	Aufsicht über die Berufsbildung und Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung; Vollzug Schulgeldvereinbarungen (Berufsfachschulen und höhere Berufsbildung)
3202	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB)	
3203	Abteilung Ausbildungs- und Studienbeiträge (AAS)	Vollzug der Stipendiengesetzgebung; Vollzug der Schulgeldvereinbarungen (Mittel- und Hochschulen)
3300	Amt für Kultur (AfK)	Vollzug der Kulturförderungsgesetzgebung; Museumskoordination; Verwaltung des Kulturfonds
3301	Kantonsbibliothek (KB)	Vollzug der Verordnung über die Kantonsbibliothek
3302	Denkmalpflege (DPF)	denkmalpflegerische Beratung; Administration von Beitragsgesuchen; Erhaltung und Pflege der baulichen Zeugnisse

3400 Kantonsschule (KST)

3500 Berufsbildungszentrum (BBZ)

berufliche Grundbildung; Berufsmaturität; Brücken- und Integrationsangebote

4 Departement Gesundheit und Soziales (DGS)

4000 Departementssekretariat (DS DGS)

individuelle Prämienvverbilligungen; Ergänzungsleistungen; Aufsicht über die Krankenversicherungspflicht; Opferhilfe; Familienausgleichskassen; Schweigepflichtentbindungen bei Gesundheitsfachpersonen

4100 Amt für Gesundheit (AfG)

Gesundheitsplanung; Planung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung

4101 Abteilung Spitalversorgung (ASV)

Spitalplanung und -finanzierung; Spitaltarife; Aufsicht über die Spitäler

4102 Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Prävention (AGGP)

Monitoring und Gesundheitsberichterstattung; Gesundheitsförderung und Prävention; kantonsärztliche und kantonszahnärztliche Aufgaben; Suchtberatung und Suchtprävention; Genehmigung und Festlegung der ambulanten Tarife; Aufsicht über die Gesundheitsfachpersonen; Aufsicht über die Institutionen im ambulanten Gesundheitsbereich; Vollzug der Heilmittelgesetzgebung

4200 Veterinäramt (VA)

Tierschutz; Tiergesundheit; Lebensmittelsicherheit im Bereich Primärproduktion tierischer Lebensmittel; Tierarzneimittel; Hundewesen

4300 Amt für Soziales (AfS)

Verbindungsstelle Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE); Finanzcontrolling IVSE-Einrichtungen; Finanzcontrolling Pflegefinanzierung in Alters- und Pflegeheimen und Spitex-Organisationen

4301	Abteilung Soziale Einrichtungen (ASE)	Aufsicht über die sozialen Einrichtungen; Angebotsplanung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
4302	Abteilung Pflegeheime und Spitex (APS)	Aufsicht über die Einrichtungen der ambulanten und stationären Langzeitpflege; Pflegeheimplanung; Pflegefinanzierung
4303	Abteilung Sozialhilfe und Asyl (ASA)	Beratung der Sozialhilfebehörden; Koordinations- und Administrationsaufgaben im Asylwesen; Erstunterbringung von Asylpersonen; ZUG-Verbindungsstelle
4304	Abteilung Chancengleichheit (ACG)	Gleichstellung von Frau und Mann; Familien- und Jugendförderung; Integration von Migrantinnen und Migranten
4400	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	Vollzug des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts; Aufsicht über Pflegefamilien
	Ausgleichskasse/IV-Stelle (AK)	
	Interkantonales Labor (IKL)	
	Spitalverbund AR (SVAR)	

5 Departement Bau und Volkswirtschaft (DBV)

5000	Departementssekretariat (DS DBV)	Koordination der Baubewilligungs- und Plangenehmigungsverfahren; öffentlicher Verkehr; Förderung von Altbausanierungen; Post- und Fernmeldeverkehr; Koordinationsstelle Gebäude- und Wohnungsregister
------	----------------------------------	---

5100	Tiefbauamt (TBA)	
5101	Abteilung Strassen- und Brückenbau	Anpassung des Kantonsstrassennetzes
5102	Abteilung Strassenunterhalt	Unterhalt des Kantonsstrassennetzes
5103	Abteilung Mobilität und Support	Kantonsstrassen- und Gewässergrundstücke; Strassenbaupolizei; Fluggenossenschaften; Langsamverkehr; Fuss- und Wanderwege; Seilbahnen und Skilifte; Schifffahrt; Luftfahrt
5104	Abteilung Wasserbau	Hochwasserschutz; Revitalisierung der Gewässer; Wasserbaupolizei
5200	Amt für Raum und Wald (ARW)	Geoinformation; Führung des ÖREB-Katasters; Amtliche Vermessung
5201	Abteilung Raumentwicklung	Raumplanung; Aufsicht über kommunale Nutzungsplanung; Agglomerationsprogramm; Bewilligungen ausserhalb Bauzone und im geschützten Ortsbild; Schutzzonenplanung
5202	Abteilung Wald und Natur	Forstwesen; gravitative Naturgefahren; Staatswald; Natur- und Landschaftsschutz; Artenschutz und Biodiversität; Jagd
5300	Amt für Umwelt (AfU)	Überwachung des Umweltzustandes; Umwelt-Schadendienst; Umweltverträglichkeitsprüfung
5301	Abteilung Wasser und Stoffe	Gewässerschutz; Gewässernutzung; Fischerei; Nutzung des Untergrundes; Chemikalien; Störfallwesen; Abfälle und Altlasten; Lageranlagen; Deponien; Neobiota; Koordinationsstelle Wasser; Strahlenschutz
5302	Abteilung Lärm und Energie	Lärmschutz; Energieeffizienz und erneuerbare Energien; Wasserkraftnutzung; Klimaschutz; Stromversorgung
5303	Abteilung Luft und Boden	Luftreinhaltung; Bodenschutz; nichtionisierende Strahlung (Mobilfunk, Lichtverschmutzung); Rohrleitungsanlagen

5400	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	Tripartite Kommission; Meldestelle für Massenentlassung; Industrie, Handel und Gewerbe
5401	Abteilung Standortförderung	Standortförderung; Neue Regionalpolitik; Innovationsförderung; Tourismus; Förderung von Arealentwicklungen; Bewilligungen in den Bereichen Gastgewerbe, Verkauf von Alkohol, Risikoaktivitäten und Handelsreisenden; Aufsicht über Preisbekanntgabe und Konsumkredit; Erwerbstätigkeit von Personen aus Drittstaaten
5402	Abteilung Arbeitsinspektorat	Überwachung des Arbeitsmarktes; Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz; Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit; Schwarzarbeit; Entsendegesetzgebung; private Arbeitsvermittlung und Personalverleih; Eich- und Messwesen
5403	Abteilung Handelsregister	Führen des Handelsregisters; Grundstückserwerb durch Personen im Ausland
5500	Amt für Landwirtschaft (ALW)	Strukturverbesserung; Landwirtschaftliche Kreditkasse; landwirtschaftlicher Inspektionsdienst
5501	Abteilung Direktzahlung und Tierzucht	Direktzahlungen; Tierzuchtmassnahmen; bäuerliches Boden- und Pachtrecht
5502	Abteilung Beratung und Pflanzenschutz	Weiterbildung und Beratung im ländlichen Raum; Pflanzenschutz
	Arbeitslosenversicherung AR (ALV AR)	Arbeitslosenversicherung und öffentliche Arbeitsvermittlung

6 Departement Inneres und Sicherheit (DIS)

6000	Departementssekretariat (DS DIS)	Aufsicht über Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts; Spiel- und Lotteriewesen; Datenschutz; Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat; Stiftungsaufsicht; Schuldbetreibungs- und Konkurswesen; Aufsicht berufsmässige Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung von Personen oder an Personen aus dem Ausland; geistiges Eigentum; unlauterer Wettbewerb; Gesetzgebung über das Zivilrecht und die Zivilrechtspflege; Statistik (Organisation und Verbindungstelle)
6001	Justizsekretariat (JS)	Straf- und Massnahmenvollzug; Strafregister; Bewährungshilfe
6100	Amt für Inneres (Afi)	Ausländer- und Asylrecht; Bürgerrecht und Zivilstand
6101	Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand (ABZ)	Einbürgerungen; Aufsicht über die Zivilstandsämter; Namensänderungen; Prüfung zivilstandsamtlicher Ausländerkunden
6102	Abteilung Migration (MIA)	Ausländerbewilligungen; Ausländerausweise; Wegweisungen; ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen
6200	Strassenverkehrsamt (STVA)	Verkehrszulassungen
6201	Abteilung Administration (STVA-Admin)	Motorfahrzeugsteuern; Administrativmassnahmen
6202	Abteilung Technik und Prüfungen (STVA-TP)	Führerprüfungen; Fahrzeugprüfungen
6300	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBS)	Kantonaler Führungsstab
6301	Abteilung Militär (AM)	Militärverwaltung; Wehrpflichtersatzabgabe

6302	Abteilung Zivilschutz (AZ)	Zivilschutz; Zivilschutzräume und -anlagen; Tierseuchengruppe; Kulturgüterschutz; Koordination der Verbundsaufgaben
6303	Abteilung Bevölkerungsschutz (AB)	Bevölkerungsschutz; wirtschaftliche Landesversorgung; Care Team
6400	Kantonspolizei (KAPO)	Vollzug der Polizeigesetzgebung
6401	Personelles und Support (P+S)	
6402	Kommandodienste (KdoD)	Betrieb der kantonalen Notrufzentrale; Alarmanlagen; Betrieb POLYCOM
6403	Kriminalpolizei (Kripo)	Fahndung und Ermittlung; Jugendkontakt; Sicherheitsberatung
6404	Regional- und Verkehrspolizei (ReVepo)	Verkehr; Intervention bei Häuslicher Gewalt und Stalking; Bewilligung von Veranstaltungen und Anlässen
6405	Sicherheitspolizei (Sipo)	Ordnungsdienst; Vollzug der Waffengesetzgebung; Bewilligungen für private Sicherheitsdienste; Feuerwerksverkaufsbewilligungen; Sprengmittelewerbsscheine
6500	Staatsanwaltschaft (LeiSta)	Rechtshilfe
6501	Abteilung Erwachsenenstrafrecht (STA)	Strafverfolgung
6502	Abteilung Jugendstrafrecht (Juga)	Strafverfolgung; Prävention
6600	Strafanstalt Gmünden (STAG)	Strafvollzug; Vollzug Ausschaffungshaft; Vollzug Untersuchungshaft
	Assekuranz (AAR)	Feuerschutz